

6 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Auf unserer Saaluhr ist 12.25 Uhr und ich darf Herrn GR Eber bitten, seine Fragen an Herrn Bürgermeister-Stellvertreter zu richten.

6.1 Frage 1: Wohnungswechsel Gemeindewohnung (GR Eber KPÖ an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Herr Bürgermeister-Stellvertreter. Seit 1. Oktober 2017 sind ja die neuen Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen in Kraft. Wir haben als KPÖ diesen Richtlinien, diesen neuen Neufassungen aus verschiedenen Gründen damals nicht zugestimmt. Nun zeigt sich folgendes Problem: Wer um einen Wohnungswechsel ansucht, muss auch den neuen Richtlinien für die Vergabe von einer Gemeindewohnung genügen, selbst dann, wenn er bereits längere Zeit auch als fünf Jahre in einer Gemeindewohnung lebt. In einem konkreten Fall führt es nun dazu, dass das Ansuchen einer allein erziehenden Mutter mit zwei Kindern, die seit 12 Jahren in einer Gemeindewohnung wohnt und aus gesundheitlichen Gründen ersucht hat, einen Wohnungswechsel durchführen zu können, abgelehnt wurde. Abgelehnt deswegen, weil sie eben nicht österreichische Staatsbürgerin ist oder gleichgestellt, sondern weil sie konventionsflüchtig aus Armenien ist. Es erscheint allerdings wünschenswert, dass solche Wohnungswechsel gleichsam automatisch abgelehnt werden, sondern es hat ja oft einmal nicht nur für die Bewohner und Bewohnerinnen, die um einen um einen Wohnungswechsel ansuchen, Vorteile, sonst würden sie ja diesen nicht beantragen, sondern auch für Wohnen Graz oftmals ist es so, dass bei einem Wohnungswechsel ja oft einmal größere Wohnungen frei werden, gegen kleinere, sozusagen, eingetauscht werden.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Vize-Bürgermeister Mario Eustacchio, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Frage: Sind Sie bereit, die Richtlinien bzw. deren Umsetzung im Sinne des Motivenberichtes zu überdenken? Danke.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter. Seit 01.10.2017 sind die neuen Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen in Kraft. Aus unterschiedlichen Gründen hat die KPÖ diesen Richtlinien nicht zugestimmt.

Nunmehr hat sich ein weiteres Verbesserungspotential der neuen Richtlinien gezeigt: Wer um einen Wohnungswechsel ansucht, muss den neuen Richtlinien genügen, auch wenn er/sie bereits längere Zeit in einer Gemeindewohnung lebt.

Das führte in einem konkreten Fall dazu, dass das Ansuchen einer alleinerziehenden Mutter mit zwei Kindern aus Armenien, die seit 12 Jahren in einer Gemeindewohnung wohnt und aus gesundheitlichen Gründen um einen Wohnungswechsel angesucht hat, abgelehnt wurde, weil nach den neuen Richtlinien Konventionsflüchtlinge keinen Anspruch mehr auf eine Gemeindewohnung haben.

Es erscheint mir nicht wünschenswert, dass manche Wohnungswechsel gleichsam automatisch abgelehnt werden, auch wenn es für die BewohnerInnen - und vielleicht auch für Wohnen Graz - sinnvoll wäre, einen derartigen Wechsel, beispielsweise von einer größeren in eine kleinere Wohnung, zu vollziehen.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die Richtlinien bzw. deren Umsetzung im Sinne des Motivenberichts zu überdenken?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Klubobmann, zurzeit werden bei der Beurteilung eines Wohnungswechsels dieselben Voraussetzungen wie bei Erstbezug auf mustergültigen Wohnungsvergaberichtlinien geprüft und angewendet. Erst wenn diese erfüllt sind, wird zusätzlich geprüft, ob einer der in den Richtlinien taxativ aufgezählten Gründe für einen Wohnungswechsel zutrifft. Es ist durchaus in unserem Interesse, dass jene Personen, die den Richtlinien nicht mehr entsprechen, sei es durch ein höheres Einkommen oder aufgrund ihres Aufenthaltsstatus, nicht erneut eine Gemeindewohnung zugewiesen bekommen. Bestehende Verträge bleiben natürlich davon unberührt, daher konkret auf deine Frage: nein, ich werde diese Richtlinien nicht verändern.

StR. Hohensinner:

Herr Klubobmann, gibt es eine Zusatzfrage?

Eber:

Naja, Zusatzfrage: Es ist natürlich bedauerlich, das so zu hören. Ich denke mir, wie gesagt, es gibt ja auch für Wohnen Graz durchaus Vorteile, wenn so einem Wohnungswechsel zugestimmt wird und von daher kann ich die Frage sozusagen noch bekräftigen. Bist du auch dagegen, wenn dies für Wohnen Graz eine sinnvolle Maßnahme wäre? Das heißt, wenn Wohnen Graz beispielsweise auf der Suche nach großen Wohnungen ist und eine große Wohnung da frei werden würde?

Eustacchio:

Es ist ja so, verzichtet man bei den Wohnungswechselträgern auf die Überprüfung der in den Vergaberichtlinien angeführten Grundvoraussetzungen und prüft man nur die Wohnungswechselgründe, würde das bedeuten, dass eine einmal zugewiesene Wohnung für immer eine Gemeindewohnung bleibt und das können wir nicht und das

wollen wir nicht. Und das sind die Gründe, warum wir auch eine Veränderung dieser Vergaberichtlinien getätigt haben. In der Vergangenheit von meiner Kollegin zu meinen Rechten ist das ja sehr – wie soll ich sagen – individuell gehandhabt worden, was den Richtlinien nicht entsprochen hat und ich halte mich hier an die Vorgaben und möchte sie auch weiterhin so durchführen und wir haben genug Personen, die warten auf eine Wohnung und wir decken das gut ab. Wenn eine Person seit 12 Jahren keinen ordentlichen Aufenthaltsstatus in Österreich hat, wundere ich mich, warum das immer noch der Fall ist, dann muss man ihn anders hinterfragen. Aber so werden wir diese Richtlinien weiter beibehalten.

StRⁱⁿ **Kahr** zur allgemeinen Berichtigung:

Ich möchte nur für das Protokoll korrigieren, individuell ist überhaupt keine Zuweisung in den ganzen 20 Jahren, wo die KPÖ das Wohnungsressort innegehabt hat, zugewiesen worden, sondern jede Wohnungsvergabe ist durch das Wohnungsamt selbstverständlich nach den gültigen Richtlinien vergeben worden, die auch im Wohnungsvergabeausschuss auch immer einstimmig angenommen wurden.

6.2 Frage 2: Sonnenapotheke Jakominiplatz (GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GRⁱⁿ **Schönbacher**:

Sehr geehrter Bürgermeister-Stellvertreter, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Gemeinderatskollegen, sehr geehrte Gäste, liebe Frau Stadträtin Kahr.

Vor einigen Jahren war es noch möglich, am Jakominiplatz zur Sonnenapotheke mit dem Auto oder mit dem Taxi zuzufahren und jetzt ist es das leider nicht mehr, und in der Sonnenapotheke kaufen sehr oft Kunden ein, die eben krank sind, die älter sind, die eben körperlich schwach sind und deshalb kommt es immer öfter vor, dass die

Kunden selbst es nicht schaffen, bis zu einem Taxistand zu gehen mit ihrem Einkauf und dort verweilen und warten müssen, bis jemand, ein Mitarbeiter aus der Apotheke oder Mitarbeiterin, sie dann zum nächsten Taxistand begleitet oder bis dorthin, wo das Taxi fahren darf. Die ApothekerInnen sind eben auf mich zugekommen mit dieser Bitte, die ich jetzt eben stellen werde, und zwar: Sind Sie bereit, eine Ausnahmeregelung für Taxis erarbeiten zu lassen, die wieder eine Zufahrt zur Apotheke während der Geschäftszeiten ermöglicht?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Bis vor einigen Jahren war es noch möglich, dass Kunden bis zur Sonnenapotheke am Jakominiplatz zufahren konnten. Zum Kundenkreis einer Apotheke zählen nicht selten kranke, alte oder körperlich schwache Personen. Berichten zufolge kommt es mehrmals monatlich dazu, dass ein Kunde bis zur nächsten Kreuzung oder bis zu einem Taxistand begleitet werden muss. MitarbeiterInnen der Apotheke begleiten dann den Kunden bis zum Taxistandplatz, da Taxis während der Geschäftszeiten die Zufahrt nicht gestattet ist.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie bereit, eine Ausnahmeregelung für Taxis erarbeiten zu lassen, die wieder eine Zufahrt zur Apotheke während der Geschäftszeiten ermöglicht?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Wie mir das Straßenamt mitgeteilt hat, ist die Zufahrt zu Sonnenapotheke am Jakominiplatz mindestens schon seit den letzten 20 Jahren nicht mehr möglich. Da geht es nicht um ein paar Jahre, sondern mindestens um 20 Jahre, wenn nicht noch länger. Bei der Fußgängerzone am Jakominiplatz handelt es sich um eine Fußgängerzone ohne weitere Ausnahmen, generell. Wegen des dichten Straßenbahnbetriebes und der hohen Fahrgastfrequenzen wurde hier auch darauf verzichtet, Radfahrer und Radfahrerinnen und Ladetätigkeit, wie sonst oft auch üblich oder ausgenommen, zwischen 5.00 Uhr und 10.00 Uhr zu gestatten. Der E-Taxistandplatz am Beginn der Gleisdorfer Gasse befindet sich in einer Entfernung von ca. 150 m, die Radetzkystraße, die generell aus der Schönaugasse kommend befahren werden darf, befindet sich in einem Abstand von 85 m, sodass die Apotheke verkehrlich gut und vertretbar erschlossen ist. Eine Zufahrt bis zur Eingangstür kann aus diesen Gründen im Grazer Stadtgebiet leider nicht gewährleistet werden.

Schönbacher:

Es ist so, es gibt am Hauptplatz auch Apotheken und dort ist die Zufahrt eben gestattet und jetzt fühlt sich die Apotheke am Jakominiplatz ein bisschen benachteiligt und meine Frage, vielleicht könnten Sie es sich doch noch überlegen und eine Ausnahmeregelung in Erwägung ziehen.

StRⁱⁿ Kahr:

Ich kann das gut verstehen, vor allem die Kunden. Es ist jetzt aber nicht so wie bei einem Arzt, der mir zugewiesen wird und auch dorthin kommen muss. Es gibt doch erfreulicher Weise in unserer Stadt Graz viele Apotheken, die gut mit dem Taxi erreichbar sind und wo diese Regelungen nicht gelten, aber aus den vorgenannten Gründen ist der Jakominiplatz ausgenommen worden und nicht grundlos. Ich weiß das

auch aus der letzten Periode, da hat es auch so eine Frage gegeben und aus denselben Gründen ist das damals auch verneint worden.

**6.3 Frage 3: Barrierefreiheit an den Grazer Pflichtschulen
(GRⁱⁿ Ribo, MA, Grüne an Stadtrat Hohensinner, MA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe KollegInnen, liebe Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt.

In meiner heutigen Frage geht es um die Barrierefreiheit an den Grazer Pflichtschulen. Sie nicken schon, ich habe mich mit dem Thema beschäftigt. Barrierefreiheit ist für die Stadt Graz in allen Bereichen ein wichtiges Thema. Wir haben als Stadt auch klares Zeichen 2014 gesetzt, indem wir einstimmig mit Gemeinderatsbeschluss den kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung beschlossen haben. Parteiübergreifend glaube ich oder traue ich mich, hier auch zu sagen, dass für uns alle Barrierefreiheit nicht nur als eine gesetzliche Vorschrift, sondern auch als eine moralische Verpflichtung gesehen wird. Oft ist es so, wenn man von Barrierefreiheit spricht, dass man mehrere Aspekte beachten muss. Es geht nicht immer nur darum, ob ein Gebäude wirklich für einen Rollstuhlfahrer oder Rollstuhlfahrerin zugänglich ist. Es gibt leider noch immer Barrieren, sei es im psychischen kommunikativen Bereich, die zu überwinden sind. Als Stadt Graz sind wir gesetzlich eben nach gesetzlichen Vorschriften dazu verpflichtet für die Erhaltung und Errichtung der öffentlichen Volks- und Hauptschulen sowie der Neuen Mittelschulen. Wir kennen alle unsere Programme 1 und 2, die natürlich auch, glaub ich, von allen unterstützt werden, die notwendig und sehr gut sind, wo wir uns freuen, erfolgreich weitergeht wie bis jetzt. Der Stadtrechnungshof hat aber bereits 2014 bei der Projektüberprüfung von GRIPS 1 auch das Thema Barrierefreiheit angeschnitten und er stellte fest, dass natürlich in den neuen Bauten und den

Umbauten so geplant wurde bzw. die Projekte so realisiert wurden, dass Barrierefreiheit gegeben wird. Aber er stellte auch fest, dass es Handlungsbedarf gibt/gab und wahrscheinlich noch immer gibt, wenn es eben um Schulen geht, die nicht Teil von diesem Schulausbauprogramm sind. Deswegen eben meine Frage an dich, an wie vielen Grazer Pflichtschulen gibt es in welchen Bereich noch Handlungsbedarf in Sachen der Barrierefreiheit?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt, in der Stadt Graz ist Barrierefreiheit in allen Bereichen ein wichtiges Thema. Mit dem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss des „Kommunalen Aktionsplans der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ 2014 hat die Stadt Graz auch auf politischer Ebene ein klares Zeichen gesetzt. Parteiübergreifend wird die Barrierefreiheit nicht nur als eine gesetzliche, sondern auch als eine menschenrechtliche und moralische Verpflichtung angesehen.

Wenn wir von Barrierefreiheit sprechen, sind viele Aspekte zu berücksichtigen. Es geht nicht nur um den barrierefreien Zugang zu Gebäuden für RollstuhlfahrerInnen, es geht auch um Barrieren im psychischen, sozialen und kommunikativen Bereich, die es gilt, zu überwinden.

Nach den gesetzlichen Vorschriften (§6 Errichtungspflicht und §25 Gesetzliche Schulerhalter der öffentlichen Volks- und Hauptschulen sowie der Polytechnischen Schulen des StPEG) ist die Stadt Graz für die Errichtung und Erhaltung der öffentlichen Volks- und Hauptschulen sowie Neuen Mittelschulen zuständig.

Im Jahr 2014 hat sich auch der Stadtrechnungshof mit dem Thema der Barrierefreiheit unserer Schulen beschäftigt. Er stellte fest, dass bei den umfangreichen Um- und Neubauten Barrierefreiheit geplant bzw. realisiert wurde. Bei jenen Pflichtschulen

jedoch, die im Schulausbauprogramm nicht enthalten sind, besteht Handlungsbedarf und eine völlige Barrierefreiheit aller öffentlichen Pflichtschulen würde - so der Stadtrechnungshof - in absehbarer Zukunft nicht erreicht werden.

Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs an dich folgende

Frage:

An wie vielen Grazer Pflichtschulen gibt es in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf in Sachen Barrierefreiheit?

StR. Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Wie du weißt, beschäftigt mich dieses Thema nicht erst, seit ich Stadtrat bin, sondern eigentlich, seit ich im Gemeinderat sitze. Ich schaue, dass es hier ständig Verbesserungen gibt. Aber ich möchte einen Überblick geben, was seit 2014 passiert ist, seit ich wirklich dafür verantwortlich bin. Das war fast eine meiner ersten Initiativen, dass ich das ABI gebeten habe, eine Ersterhebung zu machen, wie einfach der Stand der Schulen ist. Diese Ersterhebung hat es dann auch gegeben und auch einen stufenweisen Ausbau. Es hat dann im Jahr 2016 eine Ist-Erhebung gegeben und diese Zahlen kann ich dir dann liefern. Da ist wirklich schon einiges weitergegangen und seit 2016 ist auch schon ein bisschen Zeit vergangen, auch hier haben wir in drei Richtungen weiterentwickelt. Einmal – wie du schon angesprochen hast – GIPS zum einen – zum Zweiten haben wir dieses Umstrukturierungspaket, das werden wir heute noch diskutieren und beschließen, hoffentlich einstimmig im Gemeinderat – und zum Dritten – hast du angesprochen – sind es die Altbestände. Da haben wir auch geschaut, dass wir Schritt für Schritt eine Verbesserung bringen. Zu den Zahlen 2016: Da hatten wir 49 % der Volksschulen rollstuhlgerecht, und zwar jetzt nicht barrierefrei rollstuhlgerecht, aber alles mit Rollstuhl erreichbar. 44 % teilweise rollstuhlgerecht, das heißt Erdgeschoss und 7,6 %

der Schulen waren damals nicht rollstuhlgerecht. In NMS 2016 64 % teilweise und 26,32 % ganz barrierefrei, also 10 % nicht barrierefrei oder rollstuhlgerecht. Auf das lege ich eigentlich Wert, weil du gesagt hast, da gehört viel mehr dazu. Und jetzt 2016 bis heute haben wir das jetzt so weit betrieben, wenn wir die Umstrukturierung noch miteinbeziehen, die in den Schuljahren 2019/2020 dann fertig ist, werden wir bis auf zwei Pflichtschulen rollstuhlgerechte, also zu 100 % rollstuhlgerechte Pflichtschulen haben; im Volksschulbereich und im neuen Mittelschulbereich. Bis auf zwei Schulen, die nicht 100 %, das ist Geidorf und Gösting, und ich möchte auch noch anschließen, das ist ganz korrekt, was du gesagt hast, wir brauchen auch für psychisch beeinträchtigte Kinder, sinnesbeeinträchtigte Kinder, da brauchen wir andere Unterstützungssysteme und da haben wir auch, was in den Landesgesetzen abgedeckt ist, die Schulassistenten und den pflegerischen Hilfsdienst und du hast vielleicht im Internet, im letzten Sommer hat es da die Diskussion gegeben, ob die Stadt ausgebildetes Personal verwenden darf oder nicht und da haben wir uns sehr stark eingesetzt, dass wir ausgebildetes Personal verwenden können. Wir sind auf einem guten Weg, das ABI macht da alles, dass wir nicht von heute auf morgen alles zu 100% barrierefrei haben können, das ist klar, aber dieser Weg wird so weitergeführt und ich werde alles daransetzen, dass wir möglichst bald auf 100 % kommen.

Ribo:

Ich habe keine direkte Zusatzfrage, danke für die Zahlen. Ich habe auch schon angenommen, dass von 2014 recht viel passiert ist, ich habe das auch wahrgenommen und ich weiß auch, dass die Abteilung, eben die ABI, wie du jetzt gesagt hast, als vorrangiges Ziel die Barrierefreiheit hat. Es wäre vielleicht ein Vorschlag oder bist du bereit, auch diese Zahl bzw. diese Entwicklungen auch dem Ausschuss noch einmal zu präsentieren bzw. damit wir alle eben up to date sind? Hast du mitgeschrieben – ja dann kannst du mir das später auch übermitteln, aber es wäre eben nicht schlecht, wenn der Fachausschuss das auch hätte. Aber Super-Entwicklung. Danke.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (12.40 Uhr).

**6.4 Frage 4: Nutzung der Schaukästen von „Wohnen Graz“ in Gemeindebauten
(GR Ehmman, SPÖ an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)**

GR Ehmman:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, eine Frage an dich, Herr Bürgermeister-Stellvertreter, lieber Mario, unter welchen Auflagen, Bedingungen, Kriterien und mit wessen Zustimmung darf in den in unseren Gemeindebauten befindlichen versperrbaren Schaukästen von Wohnen Graz Informationsmaterial präsentiert werden?

Originaltext der Frage:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, folgende

Frage:

Unter welchen Auflagen, Bedingungen, Kriterien und mit wessen Zustimmung darf in den in unseren Gemeindebauten befindlichen versperrbaren Schaukästen von Wohnen Graz Informationsmaterial präsentiert werden?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Herr Klubobmann, ich beziehe meine Antwort jetzt rein ausschließlich auf gemeindeeigenen Wohnbauten, denn für die anderen sind wir ja nicht zuständig, da weisen wir nur zu, da bei den eben übertragenen Wohnbauten die Hausverwaltung im Verantwortungsbereich des jeweiligen Wohnbauträgers liegt. Die versperrbaren Schaukästen in den Gemeindewohnbauten dienen der Hausverwaltung dazu, die Bewohner, Mieter und Eigentümer über diverse Angelegenheit des Hauses und Termine zu informieren, Folgendes wird z. Bsp. ausgehängt: allgemeine Rundschreiben, Kehrtermine der Rauchfangkehrermeister, Beschlüsse in Wohnungseigentumsanlagen, Notrufnummern, Ablesetermine der Heizkostenabrechnungen etc. Den Zugang zu den Schaukästen haben ausschließlich unsere Hausverwalter, Hausbesorger und Mitarbeiter der beauftragten Reinigungsunternehmen. Der Aushang von Werbematerial ist nicht gestattet. Leider ist es jedoch nicht immer vermeidbar, dass einzelne Firmen bzw. Vereine direkt auf dem Schaukasten Firmenaufkleber anbringen. Die Leitung des Gebäudemanagements macht in bestimmten Abständen die jeweiligen Verantwortlichen aufmerksam, dass bestimmte Aushänge im und auf Schaukästen zu hinterlassen sind. Gibt es eine Zusatzfrage?

Ehmann:

Das heißt aber, lieber Mario, ich schließe daraus, dass deiner Antwort, die ja sehr klar war für mich, dass parteipolitische Propaganda in einem Schaukasten von Wohnen Graz oder der Stadt Graz, noch dazu versperrt oder versperrbar und auch versperrt, tatsächlich nichts zu suchen hat. Das bringt mich auf eine interessante Zusatzfrage, denn in der Weißenhofstraße 7 gibt es einen Schaukasten von Wohnen Graz, einen Informationsschaukasten, der auch versperrt und auch versperrbar ist und wo wir eine interessante Werbung gefunden haben. Es ist der Schaukasten also von Wohnen Graz, ein Infoschaukasten, da im Eck ganz klein haben wir was gesehen, wo ich mich sehr gewundert habe darüber, wir haben es ein bisschen vergrößert, das ist Kraft der

DSGVO geweißt, nicht geschwärzt, aber das war sehr interessant zu sehen. Aus der Antwort von dir schließe ich, dass so etwas eigentlich nicht möglich sein sollte und deswegen meine konkrete Zusatzfrage. Wie willst du auf diese, ich sage jetzt mal missbräuchliche Verwendung von Schaukästen durch politische Parteien agieren, damit dieser Unfug abgestellt wird und dass das in Zukunft nicht mehr vorkommt und hoffentlich tatsächlich ein Einzelfall war?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Wenn es so war, wie du es beschrieben hast, dieses ist unzulässig und wird natürlich auch weiterhin versucht, dass das zu unterbleiben hat. Gilt für alle Parteien, so wie auch für meine eigene, selbstverständlich.

Nächste Anfrage stellt Herr GR Nikolaus Swatek. Niko, darf ich dich bitten, dass du kurz wartest, bis der Bürgermeister wieder da ist, nachdem ich den Vorsitz inne habe und die Antwort dir nicht geben kann derzeit.

**6.5 Frage 6: Verbesserung der Pflege und zielführenden Unterbringung psychisch kranker Menschen
(GR Schwindsackl, ÖVP, an Stadtrat Mag. Krotzer, ÖVP)**

GR Schwindsackl:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte KollegInnen und Kollegen, die Damen und Herren auf der Zusehertribüne, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer. Im September des Vorjahres richtete ich an dich die Frage, ob du bereit bist, einen Runden Tisch mit kompetenten Fachleuten und auch mit Angehörigen von psychisch kranken Menschen einzuberufen, um damit einen möglichen Schritt zur Lösung und Verbesserung der Pflege- und Unterbringungsproblematik der an einer psychischen Krankheit leidenden Mitbürgerinnen und Mitbürger zu setzen. Du kamst dieser Anregung nach und hast

bisher zu zwei Besprechungen am 24.11.2017 und am 6.3.2018 eingeladen. Nach ausgiebigen Vorstellungsrunden wurde über den Ist-Zustand informiert und auch diskutiert. Die auszugsweisen Beiträge zeigen die Wichtigkeit und auch die Notwendigkeit einer raschen Bearbeitung. Nach wie vor werden Menschen mit psychischen Erkrankungen in Altenpflegeheimen untergebracht. Ein untragbarer Zustand. Auf der Schnittstelle Psychiatrie herrscht ein enormer Druck der Unterbringung. Es braucht betreutes Wohnen, das für Menschen mit psychiatrischen Diagnosen geeignet ist. Es fehlt an mobiler psychotherapeutischer Betreuung und geschultem Pflegepersonal. Es fehlt an Krisendienst und Kriseninterventionen. Es fehlt an Beschäftigungsmöglichkeiten und vieles mehr. Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Mag. Krotzer, folgende Frage: Was gedenkst du außer der weiteren Einberufung zu Informationsgesprächen zu tun, um dieser immer größer werden Gruppe psychisch kranker Menschen mehr professionelle Unterstützung und Hilfe aus deinem Ressort angedeihen zu lassen, damit dieser Zustand zu keinem weiteren Unzustand verkommt?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer!

Im September des Vorjahres richtete ich an Sie die Frage, ob Sie bereit sind, einen „Runden Tisch“ mit kompetenten Fachleuten aber auch Angehörigen von psychisch kranken Menschen einzuberufen, um damit einen möglichen Schritt zur Lösung und Verbesserung der Pflege- und Unterbringungs-Problematik der an einer psychischen Krankheit leidenden Mitbürger/innen zu setzen.

Sie kamen dieser Anregung dankenswerterweise nach und luden zu bisher zwei Besprechungen am 24.11.2017 und 6.3.2018 ein.

Nach ausgiebigen Vorstellungsrunden wurde über den Ist-Zustand informiert und diskutiert. Die auszugsweisen Beiträge zeigen die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer rascheren Bearbeitung:

- *Nach wie vor werden Menschen mit psychischen Erkrankungen in Altenpflegeheimen untergebracht, ein unzumutbarer Zustand.*
- *Auf der Schnittstelle Psychiatrie herrscht ein enormer Druck der Unterbringung.*
- *Es braucht betreutes Wohnen, das für Menschen mit psychiatrischen Diagnosen geeignet ist.*
- *Es fehlt an mobiler psychotherapeutischer Betreuung und geschultem Pflegepersonal.*
- *Es fehlt ein Krisendienst bzw. Krisenintervention.*
- *Es fehlt an Beschäftigungsmöglichkeiten und vielem mehr.*

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, folgende

Frage:

„Was gedenken Sie außer der weiteren Einberufung zu Informationsgesprächen zu tun, um dieser immer größer werdenden Gruppe psychisch kranker Menschen mehr professionelle Unterstützung und Hilfe aus Ihrem Ressort angedeihen zu lassen, damit dieser Zustand zu keinem weiteren „Un-Zustand“ verkommt?“

StR. Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Ernest. Vielen Dank für die Frage, weil es mir auch die Möglichkeit gibt, hier auch ein paar Dinge zu beleuchten, auch was unsere konkrete Arbeit betrifft und auch Herausforderungen diesbezüglich. Die beiden Runden Tische haben stattgefunden, ein weiterer wird im Herbst stattfinden. Du weißt auch aus den Gesprächen, die wir geführt haben, dass es sich hier um eine sehr umfassende Querschnittsmaterie handelt und in meinem Ressort auch die Regierungskollegen Stadtrat Kurt Hohensinner und Bgm.-Stv. Mario Eustacchio betroffen sind sowie auch das Land Steiermark mit den Ressorts Gesundheit und Pflege durch Landesrat Christopfer Drexler und das Ressort Soziales durch die Landesrätin Doris Kampus. Ich darf mich bei allen Genannten auch bedanken für die

Teilnahme von Vertretern aus den jeweiligen Büros und den beiden Runden Tischen im November 2017 und dem März 2018, wo wir eben gemeinsam mit einer Vielzahl an Expertinnen und Experten aus dem Bereich über die vielschichtigen Probleme in diesem Bereich diskutiert haben, aber auch um dies herauszufiltern, wer wofür zuständig ist. Ich stimme mit dir völlig überein, dass die Unterbringung von jüngeren Menschen mit psychischen Erkrankungen bzw. psychiatrischen Diagnosen in Pflegeheimen eine denkbar schlechte Form der Unterbringung ist für die Betroffenen und sogleich natürlich auch eine massive Herausforderung für die Pflegebeschäftigten. Deswegen braucht es ein aufgestocktes Angebot an mobilen sozialpsychiatrischen Betreuungen als auch alternative Unterbringungs- und Wohnformen. Die Zuständigkeit allerdings – das ist, glaube ich, dir auch nicht neu – die liegt beim Land Steiermark, die liegt dort im Ressort Gesundheit und Pflege bzw. Soziales. Ich darf dazu auch aus dem Statement von Michael Azodanloo aus dem Büro von LR Mag. Christopher Drexler zitieren, der eben hier dankenswerter Weise auch ins Rathaus gekommen ist und Folgendes gesagt hat: „Weiters darf ich festhalten, dass das Land Steiermark, und hier speziell das Ressort für Gesundheit und Pflege, die Bemühungen für Menschen mit psychiatrischen Diagnosen die optimale Versorgungsstruktur sicherzustellen, unterstützt“. Für uns lautet die Fragestellung aber nicht Psychiatriezuschlag oder sozialpsychiatrische Wohnangebote oder mobile Angebote, sondern darin, alle drei Versorgungsbereiche in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Weiters ist die derzeitige Situation unzufriedenstellend, dass aber ihr Ressort Gesundheit und Soziales hier betroffen sind und hier eine Lösung gemeinsam suchen wollen. Das betrifft das Land Steiermark und ich freue mich natürlich, weil die das genauso sehen, dass hier die Grazer ÖVP hier auch Handlungsbedarf sieht, dass hier im Bereich noch mehr zu machen ist. Selbstverständlich, und damit auch zu meinem konkreten Zuständigkeitsbereich zu kommen, ist es natürlich etwas, was uns auch in der Ressortpflege beschäftigt, weil auch mit der zum Glück steigenden Lebenserwartung der Menschen auch psychiatrische Erkrankungen im Alter zunehmen. Wir haben in Graz die glückliche Situation, dass wir mit den Demenz-Tageszentren eine Vorreiterrolle eingenommen haben. Wir haben mit der Pflegedrehscheibe auch eine

Vorreiterrolle hinsichtlich Case-Management, wo auch viele Fälle von psychischen Erkrankungen bzw. auch demenziellen Erkrankungen von älteren Menschen abgeklärt werden können, wo auch die bestmögliche Versorgung gesucht werden kann.

Ich darf dazu allerdings auch sagen, dass wir uns bemühen um den Ausbau von gerontopsychiatrischen Angeboten in der Stadt Graz, damit wir eben älteren Menschen mit demenziellen oder psychischen Erkrankungen bessere Hilfestellung geben können. Ich habe daher auch aus meinen budgetären Mitteln vorgesehen, dass man mit Unterstützung des gerontopsychiatrischen Zentrums zum Ersten, dass sozialpsychiatrischen Hilfe im Alter sowie Fahrten im Alter als auch der demenzfreundlichen Stadt, dass wir hier bessere Unterstützung geben können, was allerdings zu dem Problem führt, seitens der Finanzdirektion wir hier erstmals einen Stopp erhalten haben, weshalb ich aber schon am 4. Juni auch einen Termin beim Finanzstadtrat Herrn Dr. Riegler herangetreten bin mit einer Nachricht und der Bitte um ein Gespräch, damit wir hier grünes Licht bekommen, weil ich glaube doch, dass das sehr wichtig ist, dass wir trotz der Erschwernisse, die die Abschaffung des Pflegeregresses für die Gemeinden mit sich bringt, aber doch nicht alle Steuerungsinstrumente aus der Hand geben sollten, sondern dass wir genau in dem Bereich investieren müssen, wo wir Unterstützung in den eigenen vier Wänden liefern können, sodass das möglich ist, dass Menschen in den eigenen vier Wänden verbleiben und wir diesen doppelt positiven Nutzen haben. Erstens ist diese Unterbringung oder diese Betreuungssituation wesentlich kostengünstiger und zugleich ist es auch der Wunsch der Betroffenen, in den eigenen vier Wänden verbleiben zu können. Das verbinde ich noch einmal mit der persönlich vorgebrachten Bitte auch an Herrn Dr. Riegler, dass wir bald zu einem Gesprächstermin kommen, dass wir hier die Angebote in der Stadt noch ausbauen und verbessern können.

Schwindsackl:

Die Vernetzung ist mir bekannt, Land betreffend die Pflege und Soziales natürlich. Dieser Bereich, ich glaube schon, dass wir hier als Stadt auch Taktgeber sein sollten, Vordenker und vor allem auch Vorreiter. Da fehlt einfach der zeitliche Faktor. Es immer nur abzuwarten und zu warten und zu warten, dass wir irgendwelche Meldungen bekommen, das ist einfach in einer schnelllebigen Zeit, in der wir leben, einfach zu lange. Was gedenkst du zu tun, dass ein bisschen Tempo in diese wichtige Sache reinkommt?

StR. Mag. Krotzer:

Ich kann es nur einmal konkret sagen: Wir haben im Mai angesucht, dass wir aus dem Deckungsbereich Betreutes Wohnen € 65.000,-- hernehmen können und verwenden dürfen, dass wir hier im Bereich der psychiatrischen Zentren bei der sozial-psychiatrischen Hilfe besser, dass wir hier eben Hilfestellungen geben können und wir haben hier eben die Stopptaste von der Finanzdirektion bekommen und da hoffe ich sehr stark und auch dann eben mit entsprechender Unterstützung von Seiten der ÖVP, dass wir hier grünes Licht bekommen und, dass wir das machen können, weil so z. Bsp. eben auch die sozialpsychiatrische Hilfe im Alter oder auch das Angebot von Partnerschaften im Alter, weil ja das Angebot der Gesellschaft zur Förderung der seelischen Gesundheit es ihnen möglich ist, ihr Kontingent aufzuweiten, mehr Menschen zu betreuen. Da brauche ich ganz konkret euch und eure Hilfe, dann können wir sehr schnell zusätzliche Angebote schaffen.

Bgm. Nagl:

Herr Kollege, das mit den Budgetverhandlungen und dem Budget zustimmen ist das eine und da wir ja mehr Geld brauchen, ist das andere. Jetzt darf ich nachholen.

Herr GR Swatek stellt eine Frage an mich. Ich war leider nicht im Saal.

Ich darf den Vorsitz übergeben.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.55 Uhr)

Übernehme den Vorsitz, darf den Herrn GR rausbitten, damit er seine Frage an den Herrn Bürgermeister zum Thema „Geschäftslokale und Mieten“ stellen kann.

**6.6 Frage 5: Mieten-Explosion bei Geschäftslokalen
(GR. Swatek, Neos an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Swatek:

Liebe KollegInnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Nagl. Wie Sie sicherlich letzte Woche auch mitbekommen haben, veröffentlichte die Wirtschaftskammer wieder ihren jährlichen Mietpreisspiegel. Besonders interessant und medialen Anklang fand dabei auch die Thematik rund um Mieten bei Geschäftslokalen in Graz. Im Vergleich zum Vorjahr explodierten die Durchschnittsmieten von € 32,90 im Jahre 2017 um 10 % auf € 36,30. Damit sind die Mieten für Geschäftslokale in Graz fast doppelt so hoch wie jene in Wien. Ein Umstand, der es natürlich besonders kleineren Unternehmen wesentlich erschwert und der sicher auch nicht dazu beiträgt, dass die derzeitigen leer stehenden Geschäftslokale, die wir ja besonders stark in manchen Straßen haben, Annenstraße laut „Grazer 26“ leer stehende Geschäftslokale, die Situation sich in Zukunft beruhigt. Meine Frage daher an Sie, Herr Bürgermeister: Sind Ihrerseits Maßnahmen geplant, um das Mieten von Geschäftslokalen in Graz für UnternehmerInnen und Unternehmen wieder zu attraktivieren?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, der von der Wirtschaftskammer letzte Woche veröffentlichte Mietpreisspiegel (<https://news.wko.at/news/steiermark/immobilienpreisspiegel-2018.html>) offenbarte eine weitere Steigerung der Mieten für Geschäftslokale in Graz. Im Vergleich zum Vorjahr explodierte die Durchschnittsmiete von 32,90 € im Jahr 2017 um 10 % auf 36,30 €. Damit sind die Mieten für Geschäftslokale in Graz fast doppelt so hoch wie jene in Wien. Ein Umstand, der es besonders kleinen Unternehmen in Graz zusätzlich erschwert und zu keiner Entspannung rund um die Situation der bereits vielen leer stehenden Geschäftslokale beiträgt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl, daher meine

Frage:

Sind Ihrerseits Maßnahmen geplant, um das Mieten von Geschäftslokalen in Graz für Unternehmerinnen und Unternehmer wieder zu attraktivieren?

Bgm. Mag. Nagl:

Danke vielmals. Es ist ein Thema, das mich schon lange beschäftigt. Ein Thema, das mich auch, als ich als Händler der Stadt in die Politik gegangen bin, um mitzuhelfen, dass unsere Bezirkszentren und auch unsere Stadtmitte ein lebendiges Stadtzentrum bleiben sollen. Die Studie hat mich ein bisschen überrascht, vor allem, was das mit Wien soll, das kann ich mir nicht vorstellen, aber sei es drum. Die Mieten sind gestiegen. Ich denke mir, ich habe mir das nicht ganz genau angesehen, dass in diesen Mietpreisen aber auch sämtliche Einkaufszentren von Graz mitgerechnet werden und in diesen Einkaufszentren gibt es, wenn ich das so sagen darf, leider keinen Mangel, sondern da gibt sogar Wartelisten, um in einem Einkaufszentrum mit noch stärkeren Mietpreisen auch letzten Endes Handel betreiben zu können. Eine wichtige grundsätzlich prinzipielle Feststellung. Es gibt heute nämlich viele Faktoren, warum

Handel in Innenstadtlagen nicht mehr so funktioniert, ua. weil sich die Gebäude mit den neuen Handelskonzepten nicht mehr decken, d.h. das Raumangebot, das heute Handelsbetriebe, vor allem Handelsketten und Franchiser brauchen, finden sie in den Strukturen der Altstadt leider nicht mehr. Die brauchen relativ große Boxen, wenn sie ein Einkaufszentrum besuchen gehen, und sich anschauen, wie da die Malls sich jetzt neu füllen. Das kannst du heute mit den Gewölben und den Innenstadtlagen kaum tun. Das Zweite ist, dass wir natürlich auch viele andere Faktoren haben und um die wir uns einmal kümmern sollten, weswegen das Handeln in der Stadt nicht mehr einfach ist, weil ununterbrochen vor Geschäftslokalen Veranstaltungen sind, wenn ununterbrochen Demonstrationen oder die Tierschützer etc. stehen, dann weichen die Kunden letzten Endes aus. All diese Problemstellungen gibt es in den Einkaufszentren nicht. Sie fragen aber jetzt ganz konkret, was können wir tun. Ich kann auf die Mietzinsbildung keinen Einfluss nehmen. Da hat die Stadt keinen Einfluss. Auf bundesgesetzlicher Ebene gibt es gewisse Schranken, die das Mietrechtsgesetz enthält. Aber grosso modo sind es die Hausbesitzer, die die Preise mit dem Markt gemeinsam bestimmen. Wir haben einige Projekte gestartet. Das Wichtigste, was wir tun können, haben wir 2002 eindrucksvoll gezeigt mit der Aufwertung der Mariahilfer Straße durch den Bau eines Kunsthause, die Förderung der Aktivitäten der Kreativszene oder der Kaufmannsgemeinschaften dort, was tun wir? Wir haben das Projekt Raumbasis geschaffen. Bitte unter „raumbasis.at“ nachschauen. Wir haben Subventionen für diverse Projekte im Jakominiviertel, in der Annenstraße oder in der Griesgasse gemacht. Seit 2010 haben wir auch gemeinsam mit der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung nicht nur ein Citymanagement, das sich darum kümmert, dass möglichst wenig Leerstand da ist. Wir haben auch mit der Wirtschaftskammer die Plattform „freie.lokale.graz.at“ initiiert und auf dieser Plattform können jetzt EigentümerInnen und Makler kostenlos Geschäftsflächen letzten Endes auch bewerben und wir haben darüber hinaus auch auf Unternehmerseite ein Mietfördermodell für drei Jahre, gilt auch für Handel und Tourismus. Es schaut so aus, dass wir maximal € 6.600,-- dazuzahlen über drei Jahre. Im ersten Jahr 50 % der Nettomiete, mit dem zweiten 40 %, im dritten 20 %, das heißt maximal € 3.000,-- im

ersten Jahr, das entspricht € 250,-- monatlich, maximal € 2.400,--, das sind € 200,-- monatlich und maximal € 1.200,--, das sind € 100,-- im dritten Jahr. Wir haben schon solche Modelle, aber ich denke mir, dass wir keinen Einfluss nehmen können auf die Hausbesitzer. Das geht auch rechtlich gar nicht.

Swatek:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich glaube, unsere Definition einer lebendigen Stadt geht da durchaus auseinander, ich sehe die Veranstaltungen z. Bsp. nicht als negativ, um die Wirtschaft anzutreiben. Aber meine konkrete Frage geht in Richtung Pop-Up-Stores, die mittlerweile in vielen Städten Europas schon recht verbreitet sind und wo Städte auch ihren Fokus hinsetzen, z. Bsp. Amsterdam, und daher meine Frage, ob Sie sich vorstellen können, als Stadt aktiv länger leer stehende Geschäftsstellen anzumieten, um die dann für die Zwischennutzung für Startup-Künstler und Co gegen Aufwandsentschädigung und Betriebskosten zu ermöglichen?

Bgm. Mag. Nagl:

Ich glaube, wir liegen da nicht weit auseinander. Ich darf es Ihnen nur aus eigener Erfahrung sagen, wenn permanent vor deinem Lokal, und darüber müssen wir reden, Veranstaltungen stattfinden, wo immer aufgebaut wird, abgebaut wird, wo Lärm da ist, wenn ich so sagen darf, wenn überhaupt nie mehr der eigentliche Zweck erfüllt ist, dann wird es schwierig und dann weichen leider immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer, mit denen ich im Gespräch bin, aus und sagen, ich gehe dann lieber in ein Einkaufszentrum, da ist alles für den Handel gerichtet und mir ist es so wichtig, dass der Mix stimmig ist zwischen der Gastronomie, der Kunst und der Kultur, die wir anbieten, aber auch den Handel. Wenn eine Innenstadt den Handel verliert, und die Gefahr besteht immer, dann veröden die Städte relativ schnell. Wir haben natürlich so viele Einzelhandelsflächen in den Erdgeschossen, wo wir auch schon wissen, dass der Handel gar nicht mehr drankommen wird. In kleineren Geschäften kannst du heute

kaum mehr überleben bei dem Konkurrenzdruck. Die Idee der Pop-Up-Stores finde ich gut. Wenn es eine Gruppe gibt, die Pop-Up-Stores auch führen möchten, bitte jederzeit sich auch bei der Wirtschaftsabteilung und bei mir melden. Wir können auch wieder einmal darüber nachdenken, ob wir die eine oder andere Fläche wieder anmieten. Wir haben das gemacht im Bereich des Jakominiplatzes, Jakoministraße etc., haben aber sehr schnell gemerkt, dass keine Handelskonzepte kaum überlebensfähig sind. Wir haben das wunderbare „Gramm“, z. Bsp., das wir unterstützt haben und das jetzt auch schon als größeres Store begonnen hat. Also, wenn immer jemand da ist, der hier Flächen sucht, bitte sofort an uns wenden, dann helfen wir gerne mit. Vielleicht mieten wir auch wieder ein paar Lokale an, was halbwegs vernünftig mit den Hausherrn auch zu Preisen kommen kann. Man muss nur wissen, dass die Stadt Graz anmieten möchte, erfahren wir eine noch schnellere Steigerung. Prinzipiell stehe ich den Pop-Up-Stores sehr, sehr positiv gegenüber. Das würde mich freuen.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.05 Uhr).

**6.7 Frage 7: Honorare der Holding für Wasserzähler-Ablesungen
(GR Alic, KPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Alic:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat, liebe KollegInnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher. Die Holding Graz beschäftigt derzeit 11 WasserzählerableserInnen auf Vertragsbasis. Die Verträge dieser AbleserInnen werden zweimal jährlich aktualisiert. Das Honorar wurde aber bedauerlicherweise trotz steigender Inflationsraten und Lebenshaltungskosten seit 2009 nicht mehr angehoben. Es ist so, dass es sich um 11 Arbeiter handelt, also keine Mitarbeiter, sondern Leute, die auf Honorarbasis arbeiten. Die Arbeitsbedingungen haben sich insofern verschlechtert, als sie doppelt dokumentieren müssen, elektronisch und auf Papier,

dass auch der Amtsschimmel noch etwas zu fressen hat sozusagen und dadurch, dass die Leute teilweise selbst ablesen, dass es auch Funkmessgeräte gibt, die Touren verlängert und erweitert haben und dass dadurch leere Kilometer entstehen und wie wir wissen, werden leere Kilometer nicht überall gleich gut bezahlt. Ich selbst arbeite in einer Branche, wo man im weitersten Sinn dafür bezahlt wird, dass nichts passiert. Wenn man den Auftrag ernst nimmt, dann ist die „Hacken“ eh klass. Das ist dort nicht so und selbst dann, wenn sich die Arbeitsbedingungen für die Leute nicht verschlechtert hätten, dann ist die Butter seit 2009 trotzdem teurer worden. Deswegen, sehr geehrter Stadtrat, stelle ich an Sie namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Frage: Sind Sie bereit, auf die Verantwortlichen bei der Holding Graz, Kommunale Dienstleistungen GmbH, dergestalt einzuwirken, dass eine angemessene Erhöhung der Honorare der oben genannter KollegInnen und Kollegen analog zur Inflationsentwicklung stattfindet?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat. Die Holding Graz beschäftigt derzeit 11

WasserzählerableserInnen auf Vertragsbasis. Die Verträge dieser AbleserInnen werden zweimal jährlich aktualisiert. Das Honorar wurde aber bedauerlicherweise - trotz steigender Inflationsraten und Lebenshaltungskosten - seit 2009 nicht mehr angehoben.

Was sich in den letzten Jahren allerdings stark geändert hat, ist der Arbeitsaufwand für die Grazer WasserzählerableserInnen: Sie müssen – im Gegensatz zu früher – die Zählerstände jetzt doppelt notieren, nämlich sowohl am Computer als auf dem Papier. Da das Wasserwerk aus der Grazer Mitte (Lange Gasse) an den nördlichen Rand der Stadt (Andritz) gesiedelt ist, ergibt sich für die AbleserInnen ein größerer Zeitaufwand. Darüber hinaus sind die Ablesetouren in den letzten Jahren immer größer geworden (normale Schachtzähler wurden in Funkzähler umgewandelt, immer mehr Leute geben

die Stände selbst bekannt ...), d.h. die Beschäftigten müssen immer weiter fahren bzw. mehr Zeit pro Zähler aufwenden.

Allfällige Risikofaktoren der Tätigkeiten müssen die Kolleginnen und Kollegen selbst tragen. Da die Tätigkeit der WasserzählerableserInnen auf Selbstständigenbasis verrichtet wird, hat sich die Personalvertretung für diese Problematik bis dato nicht zuständig gefühlt.

Die Zunahme der Inflation zwischen 2009 und 2018 um rund 20 % sowie die gestiegenen Aufwendungen der WasserzählerableserInnen würden eine Erhöhung der Honorare für WasserzählerableserInnen um 30 % mehr als rechtfertigen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, auf die Verantwortlichen bei der Holding Graz Kommunale Dienstleistungen GmbH dergestalt einzuwirken, dass eine angemessene Erhöhung der Honorare der oben genannten Kolleginnen und Kollegen – analog zur Inflationsentwicklung - stattfindet?

StR. Dr. Riegler:

Danke, Herr Alic, für Ihre Frage. Das gibt mir die Gelegenheit, einmal hier auch in diesem Rahmen darauf hinzuweisen, dass eben die Preissteigerung bei allerlei Vormaterialien und bei den Personalkosten es eben hin und wieder notwendig macht, Inflationsanpassungen durchzuführen. Ich sage das deswegen, weil regelmäßig, insbesondere gerade von Ihrer Fraktion, jedes Mal das Ende aller Tage beschworen wird, wenn etwa es zu einer Inflationsanpassung bei den GVB-Tickets oder bei der Fernwärme kommt, denn alle Dinge werden teurer. Da haben sie vollkommen Recht, da bin ich ganz bei ihnen. Insofern ist es selbstverständlich sinnvoll, dass man eben immer auch analog zu den Preissteigerungen bei den Vormaterialien tatsächlich

untersucht, ob man nicht auch die Preise nach außen anpassen muss. Dessen eingedenk, kann ich Ihnen jetzt schon zusagen, ja, ich werde gerne mit den Vertretern der Holding darüber sprechen. Man muss allerdings bei ein paar Dingen aufpassen. Erstens ist es einmal so, es handelt sich hier eben um Werkvertragsnehmer, die zum Teil auch von der Höhe her, glaube ich, bei diesen Vertragsgestaltungen eigentlich deswegen sein wollen, weil sie keine Geringfügigkeitsgrenze beim Zuverdienst überschreiten dürfen. Insofern kann meine Bitte an den Holdingvorstand nur sein, unter Abwägung aller Umstände einmal das Ganze zu prüfen.

Alic:

Nein, keine Zusatzfrage, eingedenk der Tatsache, dass um 17.00 Uhr Ankick ist und ich weiß, was ich wissen wollte, danke für die Beantwortung, die durchwegs bündig und auch schlüssig ist.

6.8 Frage 8: Gefahrenpotenzial Kreuzungsbereich Harter Straße/Kuwasseggasse (GR. Hötzl, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR Hötzl:

Sehr geehrte Frau Stadträtin. Es geht um den Kreuzungsbereich Harter Straße/Kuwasseggasse. Der Kreuzungsbereich Harter Straße/Kuwasseggasse ist aufgrund der Unübersichtlichkeit und anderer im Folgenden aufgezählter Faktoren immer wieder Schauplatz teils wirklich schwerer Verkehrsunfälle. In der Kuwasseggasse befinden sich im hinteren Teil, also das ist eine Sackgasse, und ganz am Ende dieser Sackgasse befindet sich ein Gasthaus, ein Kindergarten und Tennisplätze. Es ist zwar eine sehr schmale Gasse, aber sie ist relativ stark frequentiert. Die einzige Zufahrts- und Zugangsmöglichkeit, vor allem für die Kindergartenkinder und deren Eltern, besteht über den gegenständlichen Kreuzungsbereich. Direkt im Kreuzungsbereich, dazu muss

man wissen, liegt die Kuwassegasse in einem sehr spitzen Winkel, also mündet in einen sehr spitzen Winkel in die Harter Straße, befindet sich ein vom Grundstückseigentümer Harter Straße 110 errichteter blickdichter Zaun sowie auf den letzten Metern zur Kreuzung hin eine Bepflanzung, wo man auch nicht durchschauen kann. Wenn man rausfährt, sich sehr schwer tut. Weiters befindet sich ca. 10 m vor dem Kreuzungsbereich in der Kuwassegasse drinnen noch zusätzlich eine Müllinsel, wo eigentlich gar kein Platz ist. Sie steht wirklich im Bankett drinnen und ragt in die Straße hinein. Die Kuwassegasse ist vielleicht ca. 4,50 m breit, das ist wirklich eine sehr schmale Gasse. Für Fahrzeuge, die aus der Kuwassegasse heraus in die Harter Straße fahren wollen, entsteht hier oftmals durch Fußgänger mit Kindern, ich erinnere an den Kindergarten, eben ein Platzmangel, das in weiterer Folge auch dazu oftmals führt, dass die Fahrzeuge beim Vorbeifahren durch die herausragenden Mülltonnen beschädigt werden. Ein neuralgischer Unfallpunkt inmitten eines stark frequentierten Fußgängerzugangsbereiches zu einem Kindergarten ist eine wirklich untragbare Situation für sämtliche Verkehrsteilnehmer. Es bedarf hier auf schnellstem Wege eine Abhilfe durch bauliche Maßnahmen. Deshalb geht an Sie nachfolgende

Anfrage:

Sind Sie sich über die gefährliche Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Harter Straße/Kuwassegasse bewusst bzw. sind Sie informiert darüber und haben Sie bereits ein Konzept, das die gefährliche Situation entschärfen könnte?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Der Kreuzungsbereich Harter Straße (Höhe Hausnummer 110/Kuwasseggasse) ist aufgrund der Unübersichtlichkeit und anderer im Folgenden aufgezählter Faktoren immer wieder Schauplatz teils schwerer Verkehrsunfälle. In der Kuwasseggasse befinden sich im hinteren Bereich ein Gasthaus, ein Kindergarten sowie Tennisplätze. Die einzige Zufahrts- und Zugangsmöglichkeit besteht über den gegenständlichen Kreuzungsbereich. Direkt im Kreuzungsbereich – die Kuwasseggasse mündet in einem sehr spitzen Winkel in die Harter Straße – befinden sich ein vom Grundstückseigentümer Harter Straße 110 errichteter blickdichter Zaun sowie auf den letzten Metern zur Kreuzung hin blickdichte Bepflanzungen, was die Situation noch einmal stark verschärft. Weiters befindet sich ca. 10 m vor dem Kreuzungsbereich in der Kuwasseggasse noch zusätzlich eine Müllinsel, die im Bankettbereich und aufgrund von Platzmangel ebenfalls in die ohnehin sehr schmale Kuwasseggasse hineinragt. Für Fahrzeuge, die aus der Kuwasseggasse heraus in die Harter Straße fahren wollen, entsteht hier oftmals durch Fußgänger mit Kindern (Kindergarten) Platzmangel, was in weiterer Folge dazu führt, dass die Fahrzeuge beim Vorbeifahren durch herausragende Mülltonnen beschädigt werden.

Ein neuralgischer Unfallpunkt inmitten eines stark frequentierten Fußgänger-Zugangsbereichs zu einem Kindergarten ist eine untragbare Situation für sämtliche Verkehrsteilnehmer. Es bedarf hier auf schnellstem Wege einer Abhilfe durch bauliche Maßnahmen.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates
der Landeshauptstadt Graz:*

Sind Sie über die gefährliche Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Harter Straße/ Kuwassegasse informiert, und haben Sie bereits ein Konzept, das diese Situation entschärfen könnte?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Hötzl, lieber Christoph. Danke für deine Anfrage. Mir ist nicht nur die Situation in der Kuwassegasse bekannt, ich war selbst auch vor Ort. Ich habe da mit einem Anrainer der als Erster sozusagen damit zu uns gekommen ist, auch vor Ort gesprochen. Um es vielleicht abzukürzen, du hast das eh richtig beschrieben, es ist eigentlich eine sehr schmale Gasse, die sich auch im Wesentlichen nicht von anderen schmalen untergeordneten Nebenstraßen unterscheidet. Die Frequenz dort ist eigentlich nicht sehr hoch von den Pkw-Fahrern, es ist eigentlich eine Sackstraße, wie du richtig gesagt hast. Zwei Sachen sind aber bereits in Angriff genommen worden. Du hast im Motivenbericht die Situation der Müllinseln angesprochen. Dieser Beeinträchtigung wird vom Straßenamt nachgegangen werden. Ebenso auch, was die Sichtverhältnisse betrifft, dort überlegen wir uns, ob die Situierung eines Verkehrsspiegels eine Verbesserung herbeiführen kann. Im Übrigen, ich weiß nicht, ob dich die Bewohner dort auch angesprochen haben, ist dort ein starker Wunsch einer Wohnstraße, und das prüfen wir gerade.

Hötzl:

Ganz kurz noch eine Zusatzfrage. Du sagst, das Straßenamt geht dem nach, der Müllinsel, heißt das, wir können davon ausgehen, dass die Müllinsel wegkommt? Weil dort schräg gegenüber ist schon eine Müllinsel. Zweitens, aus der Sicht des Verkehrsspiegels, sollte es aus der Sicht des Amtes getarnt sein oder was? Es ist schon eine Sichtbehinderung tatsächlich durch den Zaun da, der dort aufgestellt worden ist. Es ist dort eine dichte Bepflanzung und natürlich sieht man mit dem Spiegel herum, aber?

StRⁱⁿ **Kahr:**

Was die Müllinsel betrifft, dem wird nachgegangen. Das heißt, es wird eine Verbesserung angedacht werden. Ob sie komplett wegkommen, kann ich nicht beantworten. Bezüglich des Verkehrsspiegels, das ist eine Lösung, die tatsächlich zu einer Verbesserung führen könnte. Es stimmt, dass dieses Grundstück, das ist von einem Gewerbetreibenden, das ist eben auch ein Privatgrundstück. Ich kann ihm nicht verbieten, einen Zaun zu machen, was das Problem ist, dort sind die Hecken, da kann man ihn ersuchen sozusagen oder veranlassen, sie so zurückzustutzen, dass es sozusagen eine Verbesserung ist. Aber ich kann es ihm nicht untersagen, dort eine Hecke zu machen. Deshalb sehen wird dort nur die Möglichkeit auf einen Verkehrsspiegel.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio -übernimmt den Vorsitz (13.15 Uhr).

**6.9 Frage 9: Stand der Gespräche und allfälliger Einsatz von Finanzmitteln - etwa aus dem Altstadterhaltungsfonds - zur Rettung des denkmalgeschützten Girardihauses
(GR Dreisiebner, Grüne an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)**

GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Zuseherinnen, Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung. Herr Bürgermeister, das Girardihaus verfolgt uns ja, glaube ich, schon eine sehr lange Zeit. Das Thema wird immer virulenter, das ist mittlerweile, glaube ich, so, dass man, wenn nicht bald Schritte passieren, das Haus befindet sich ja im Privatbesitz, wenn nicht bald Schritte passieren, um eine Sanierung zumindest der wichtigsten Teile, Fassade, Dach etc. anzugehen, dass unter Umständen aus wirtschaftlichen Überlegungen bzw. aus Gefahr in Verzug, wie das so schön heißt oder so, nicht schön heißt, im Behördendeutsch eine

Abbruchgenehmigung angesucht und auch erteilt werden könnte. So hat am 29. April des Jahres die Zeitung „der Grazer“ bereits mit der Überschrift „Girardihaus: keine Rettung in Sicht“ betitelt. Es wird im Artikel selbst dann ausgeführt, dass es derzeit zwischen der Stadt Graz und dem Eigentümer keine Gespräche gibt, um zu einer gedeihlichen Lösung zur Sanierung und damit zur Erhaltung des denkmalgeschützten Objektes Girardihaus und auch sehr prominenten Objektes Girardihaus, dem Geburtshaus des Girardi, kommen könnte. Jetzt erinnern wir uns noch alle, dass wir einen Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017 vom Altstadtanwalt Hofrat Dr. Rupprecht bekommen haben, der u.a. moniert, dass aus dem Altstadterhaltungsfonds sehr wenig Mittel eingesetzt werden, um Sanierungen und Instandsetzungen bzw. zum Schutz von schützenswerten Gebäuden eingesetzt zu werden. Der Fonds wird von der Stadt Graz zu 55 % und 45 % vom Land gespeist, ist relativ niedrig. Wir haben auch einen dringlichen Antrag gestellt und einstimmig angenommen. Die Frage wäre für mich und für uns, sind Sie, Herr Bürgermeister, bereit, mit dem aktuellen Eigentümer des Girardihauses umgehend in Verhandlungen zu treten, um den Erhalt des Hauses auch unter Zuhilfenahme von Mitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds zu sichern?

Originaltext der Frage:

In einem Artikel in der Zeitung „Der Grazer“ am 29. April 2018 hieß es in der Überschrift: „Girardihaus: Keine Rettung in Sicht!“. Und weiter wird ausgeführt, dass die Stadt Graz und der derzeitige Eigentümer keine Gespräche führen würden, um rechtzeitig zu einer gedeihlichen Lösung für eine umfassende Sanierung und somit zum Erhalt des Girardihauses zu kommen, wie von vielen Grazerinnen und Grazern gefordert.

Erst in der Gemeinderatssitzung vom März 2018 hat sich der Gemeinderat einstimmig für eine bessere Dotierung des Grazer Altstadterhaltungsfonds als wichtiges Instrument für den Erhalt von schützenswerten Gebäuden ausgesprochen. Der Pkt. 2 des dringlichen Antrages „Grazer Altstadtsschutz ernst nehmen und Effizienz steigern“

beinhaltete folgenden Beschlusstext: „Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Gespräche mit der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ziel aufzunehmen, dass der Grazer Altstadterhaltungsfonds künftig ähnlich gut wie jener in Salzburg ausgestattet wird.“

In diesem Sinne darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage

richten:

Sind Sie bereit, mit dem aktuellen Eigentümer des Girardihauses umgehend in Verhandlungen zu treten, um den Erhalt des Hauses auch unter Zuhilfenahme von Mitteln aus dem Altstadterhaltungsfonds zu sichern?

Bgm. Mag. Nagl:

Geschätzter Herr Gemeinderat. Das Thema ist leider schon lange am Tisch. Damit alle sich das wieder in das Gedächtnis rufen können, der Eigentümer hat angesucht um einen Neubau und um den Abriss. Er hat eine aufrechte Abrissgenehmigung bekommen unter Zustimmung der ASVK. Das Bundesdenkmalamt hat aber gesagt, dieses Haus ist schützenswert und jetzt sind wir genau gefangen in diesen beiden Positionen. Ich habe heute auf Grund Ihrer Frage auch mit der Vorsitzenden der ASVK wieder gesprochen. Da habe ich gemeint, es gibt ja vielleicht einen Lösungsvorschlag, und ich komme erst später erst zum Altstadterhaltungsfonds. Nur dass wir noch einmal wissen, wovon wir reden. Die damalige zuständige Stadträtin Elke Kahr hat ja einen Gipfel damals gemacht. Sie hat den Eigentümer des Girardihauses, aber auch alle verantwortlichen Persönlichkeiten aus dem Baubereich, versammelt und soweit ich weiß, war das am Anfang zwar ein nettes Gespräch, aber zum Schluss ziemlich eskaliert. Als der Eigentümer auf einem Flipchart gezeigt hat, dass er nicht daran denkt, etwas anders zu machen, als die Höchstdichte dort auszunutzen. Angeblich

seien dann dort auch gar keine Nettigkeiten mehr ausgetauscht worden. So, ich war da nicht dabei, man hat es mir so erzählt. Faktum ist, dass er eigentlich dieses Haus gerne abbrechen würde, die ASVK das auch so sieht und sagt, das Haus ist nicht schützenswert. Die ganze Situation des Gehsteiges etc. ist ja dort auch nicht sonderlich erfreulich, wie es dort steht. Ich habe heute versucht, den Vorsitzenden des Bundesdenkmalamtes, den Leiter des Bundesdenkmalamtes, zu erreichen. Er ist leider auf Urlaub, aber wenn der Direktor wieder da ist, werde ich wieder mit ihm Kontakt aufnehmen. Weil aus meiner Sicht möchte der Eigentümer nicht auf einen Neubau und auf eine Kubatur verzichten. Es wurden alle notwendigen Arbeiten so gesetzt, dass das Haus jetzt einmal so weit trocken ist, da es schlimm aussieht von außen und nicht bewohnt oder nicht besiedelt ist, tut weh. Wir möchten schon längst eine Lösung und so hat die Vorsitzende der ASVK mit mir auch schon einmal gesprochen, das möchte ich nur mit dem Bundesdenkmal noch einmal durchgehen. Das Haus an sich muss nicht schützenswert sein nach dem Bundesdenkmalgesetz. Das ist ganz spannend in Österreich. Wenn eine berühmte Persönlichkeit in einem solchen Haus geboren ist, und das ist bei Herrn Girardi durchaus der Fall, wird es unter Denkmalschutz gestellt, weil es eine Erinnerungsstätte für diese Person geben soll, aber nicht, weil das Haus wertvoll ist. Und das ist, wenn ich so sagen darf, die unterschiedliche Position. Also gäbe es eine Chance, ich glaube, ich habe eine gefunden, die möchte ich da auch gleich kundtun. Es gäbe die Chance, das Leben von Girardi wo anders zu manifestieren, und zwar dort, wo er seine erste Wirkungsstätte gehabt hat, das ist in der jetzigen Tanzschule Nebel am Kai, ein bisschen weiter nach unserer Schloßbergbahn befindet sich ein Theatersaal, und zwar glaube ich noch in Biedermeier-Original. Dort könnte man des Girardis auch würdig gedenken, wenn ich so sagen darf. Da könnte uns auch im Kulturbereich generell als Stadt was einfallen. Dann könnte unter Umständen, wenn er drum ansucht und das Bundesdenkmalamt einverstanden ist, um Aufhebung des Denkmalschutzes ersuchen, dann hätte der Eigentümer, das sag ich aber auch dazu, eine aufrechte Abrissgenehmigung, also Abbruchgenehmigung, und könnte es dann durchführen. Wie Sie wissen, habe ich, damit niemand sagen kann, er hat es nicht gewusst, auch kein Baggerfahrer, eine große Tafel aufstellen lassen, wo ich gesagt

habe, es wäre ein Vergehen gegen den Denkmalschutz und seitdem ist auch nichts mehr passiert. Das heißt ganz konkret, zuerst müssen wir einmal schauen, ob wir diesen Saal unter Umständen hinkriegen, dann würde es zum Fall des Hauses dort kommen. Man müsste mit den Bezirksverantwortlichen und mit den Menschen im Bezirk auch einmal besprechen. Aber es ist ein sehr sehr verworrener Knoten, den zu lösen, wird nicht leicht sein und natürlich kann man, wenn er es sanieren würde, nach den Auflagen des Bundesdenkmalamtes gemäß aus dem Altstadterhaltungsfonds Gelder anfordern und würden sicherlich auch zur Verfügung stehen. Aber ich glaube, es geht um ganz andere Summen als darüber auch fließen können. Ich habe aber auf Grund des dringlichen Antrages mit dem Land schon Kontakt aufgenommen und wir versuchen generell, den jährlichen Zuschuss in den Altstadterhaltungsfonds mit dem Land vielleicht gemeinsam zu erhöhen. Ich werde berichten, wenn das gelungen ist. Im Moment weiß ich aber, dass dort durchaus auch sechsstellige Beträge liegen, die zum Teil auch gar nicht abgeholt werden, das vielleicht einmal zur Situation. Ich glaube, du kannst das momentan fast nur so lösen. Der Eigentümer möchte halt nicht abrücken und hat mit der Sanierung des Hauses auch nicht begonnen. Seine ursprüngliche Idee ist eben, die volle Baukubatur, die ihm dort vom Baugesetz ja zusteht, zu konsumieren.

Dreisiebner:

Ja, die gibt es. Ich war auch dabei, nebst anderen Mitgliedern des Stadtplanungsausschusses, Georg Topf nickt und erinnert sich, bei diesem schon irgendwo denkwürdigen Gespräch mit dem Investor bzw. Eigentümer. Dank an alle, die damals organisiert und mitgemacht haben und dass nichts herausgekommen ist, das ist an vielem gelegen und nicht zu sehr an Stadt und Politik, also Behörden und Politik. Ich glaube, das ist damit sehr deutlich. Zufrieden, Herr Bürgermeister, bin ich natürlich nicht, wenn man eine andere Erinnerungsstätte, eine andere Örtlichkeit ins Auge fasst, um des Alexander Girardis weiterhin zu gedenken bzw. das Gedenken an in ihn aufrecht zu erhalten auch in der Baulichkeit dieser Stadt. Es erinnert halt ein bisschen sehr an das, was rund um das Kommodhaus passiert ist. Ich würde trotzdem ersuchen,

dass man, anders als der Herr Finanzstadtrat versucht, auch das Haus in der Leonhardstraße 28 zu erhalten und frage Sie nochmals, ob Sie bereit sind, auch dahingehend Gespräche und Ideen weiter mit uns gemeinsam zu suchen.

Bgm. Mag. Nagl:

Nochmal, ich verweigere kein Gespräch, wir können das gerne tun. Die Frage ist immer nur, erstens einmal hat er, glaube ich, nicht vor, das Haus zu verkaufen und die Mittel des Altstadterhaltungsfonds werden ihn, glaube ich, nicht überzeugen und bewegen. Das möchte ich gleich da sagen, da erspare ich mir lieber das Gespräch, weil da wird er selber wahrscheinlich nur schmunzeln und das Problem, das in Summe aufgetaucht ist, dass wir über viele Jahre reden, über viele Jahre Planungsaufwand, da sind schon so viele Kosten angelaufen, dass wir von einem normalen Kaufpreis auch nicht reden können mehr. Also das ist eine ganz schwierige Situation. Ich versuche jetzt einmal, mit dem Bundesdenkmalamt zu reden. Ich werde dann noch einmal bitten, dass auch unser Liegenschaftsabteilung und unsere Planung mit dem Eigentümer noch einmal zusammentreten. Wir dürfen da eh nicht müde werden. Eines steht fest, es ist im Moment eben von Seiten des Bundesdenkmalamtes nicht abzureißen. Wir können auch, falls es auch zu Problemstellungen mit dem Haus kommt, auch Ersatzvornahmen vorschreiben oder die auch letzten Endes umsetzen. Aber es ist alles sehr kompliziert und sehr schwierig. Also ohne Goodwill von allen Seiten werden wir diesen gordischen Knoten dort nicht lösen und sind letzten Endes auf einen Eigentümer auch angewiesen. Wir haben das im Stadtgebiet ein paar Mal, es ist nicht ganz einfach. Wenn ich eine Lösung hätte, hätte ich sie schon, das wäre eine, die sich abzeichnet, aber dann müsste man trotzdem das Gebäude abreißen, was aber nicht im Sinne aller sein kann.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (13.25 Uhr).

Ende der Fragestunde um 13.25 Uhr.